

<https://www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges>

Situation In The State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I Rejects The State of Israel's Challenges To Jurisdiction and Issues Warrants of Arrest For Benjamin Netanyahu and Yoav Gallant

Press Release: 21 November 2024

Nachrichten

Situation im Staat Palästina: I. Vorverfahrenskammer des IStGH weist die Anfechtungen der Gerichtsbarkeit durch den Staat Israel zurück und erlässt Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant

Pressemitteilung: 21. November 2024

Situation im Staat Palästina: I. Vorverfahrenskammer des IStGH weist die Anfechtungen der Gerichtsbarkeit durch den Staat Israel zurück und erlässt Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant

Bild

ICC HQ

Heute, am 21. November 2024, hat die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs („Gerichtshof“) in ihrer Zusammensetzung für die Situation im Staat Palästina einstimmig zwei Entscheidungen erlassen, mit denen die Anfechtungen des Staates Israel („Israel“) gemäß Artikel 18 und 19 des Römischen Statuts (das „Statut“) zurückgewiesen wurden. Sie erließ außerdem Haftbefehle gegen Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant.

Entscheidungen über Anträge des Staates Israel

Die Kammer entschied über zwei Anträge, die Israel am 26. September 2024 eingereicht hatte. Im ersten Antrag stellte Israel die Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Situation im Staat Palästina im Allgemeinen und für israelische Staatsangehörige im Besonderen auf der Grundlage von Artikel 19 Absatz 2 des Statuts in Frage. Im zweiten Antrag forderte Israel die Kammer auf, die Anklagebehörde anzuweisen, ihren Behörden eine neue Mitteilung über die Einleitung einer Untersuchung gemäß Artikel 18 Absatz 1 des Statuts zu übermitteln. Israel forderte die Kammer außerdem auf, alle Verfahren vor dem

Gerichtshof in der betreffenden Situation einzustellen, einschließlich der Prüfung der von der Anklagebehörde am 20. Mai 2024 eingereichten Anträge auf Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant.

Was die erste Anfechtung betrifft, so stellte die Kammer fest, dass die Anerkennung der Zuständigkeit des Gerichtshofs durch Israel nicht erforderlich ist, da der Gerichtshof seine Zuständigkeit auf der Grundlage der territorialen Zuständigkeit Palästinas ausüben kann, wie sie von der Vorverfahrenskammer I in einer früheren Zusammensetzung festgelegt wurde. Darüber hinaus vertrat die Kammer die Auffassung, dass gemäß Artikel 19(1) des Statuts die Staaten nicht berechtigt sind, die Zuständigkeit des Gerichtshofs gemäß Artikel 19(2) vor der Ausstellung eines Haftbefehls anzufechten. Daher ist die Anfechtung durch Israel verfrüht. Dies gilt unbeschadet etwaiger künftiger Anfechtungen der Zuständigkeit des Gerichtshofs und/oder der Zulässigkeit eines bestimmten Falls.

Entscheidung über die Anfechtung der Zuständigkeit des Gerichtshofs durch Israel gemäß Artikel 19(2) des Römischen Statuts

Die Kammer wies auch den Antrag Israels gemäß Artikel 18(1) des Statuts zurück. Die Kammer erinnerte daran, dass die Anklagebehörde Israel im Jahr 2021 über die Einleitung einer Untersuchung informiert hatte. Damals entschied sich Israel trotz eines Klärungssuchens der Anklagebehörde, kein Gesuch auf Verschiebung der Ermittlungen zu stellen. Darüber hinaus vertrat die Kammer die Auffassung, dass die Parameter der Ermittlungen in der Situation gleich geblieben sind und daher keine erneute Benachrichtigung des Staates Israel erforderlich war. Vor diesem Hintergrund befanden die Richter, dass es keinen Grund gab, die Prüfung der Anträge auf Haftbefehle auszusetzen.

Entscheidung über den Antrag Israels auf Anordnung an die Staatsanwaltschaft, eine Mitteilung nach Artikel 18(1) zu machen

Haftbefehle

Die Kammer erließ Haftbefehle gegen zwei Personen, Herrn Benjamin Netanyahu und Herrn Yoav Gallant, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die mindestens vom 8. Oktober 2023 bis zum 20. Mai 2024, dem Tag, an dem die Staatsanwaltschaft die Anträge auf Haftbefehle stellte, begangen wurden.

Die Haftbefehle sind als „geheim“ eingestuft, um Zeugen zu schützen und den Ablauf der Ermittlungen zu gewährleisten. Die Kammer hat jedoch beschlossen, die nachstehenden Informationen zu veröffentlichen, da ein ähnliches Verhalten wie das im Haftbefehl genannte offenbar anhält. Darüber hinaus ist die Kammer der Ansicht, dass es im Interesse der Opfer und ihrer Familien liegt, über die Existenz der Haftbefehle informiert zu werden.

Die Kammer war zunächst der Ansicht, dass das mutmaßliche Verhalten von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fällt. Die Kammer erinnerte daran, dass sie bereits in einer früheren Zusammensetzung entschieden hatte, dass sich die Zuständigkeit des Gerichtshofs in dieser Situation auf den Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, erstreckt. Darüber hinaus lehnte es die Kammer ab, ihre Ermessensbefugnisse von Amts wegen zu nutzen, um die Zulässigkeit der beiden Fälle in diesem Stadium zu bestimmen. Dies gilt unbeschadet einer späteren Entscheidung über die Zuständigkeit und Zulässigkeit der Fälle.

In Bezug auf die Verbrechen stellte die Kammer fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass Herr Netanyahu, geboren am 21. Oktober 1949, zum Zeitpunkt des betreffenden Verhaltens Premierminister Israels, und Herr Gallant, geboren am 8. November 1958, zum Zeitpunkt des mutmaßlichen Verhaltens Verteidigungsminister von Israel zum Zeitpunkt des mutmaßlichen Verhaltens, jeweils die strafrechtliche Verantwortung für die folgenden Verbrechen als Mittäter tragen, die sie gemeinsam mit anderen begangen haben: das Kriegsverbrechen des Aushunterns als Methode der Kriegsführung und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Mordes, der Verfolgung und anderer unmenschlicher Handlungen.

Die Kammer sah auch hinreichende Gründe für die Annahme, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant jeweils die strafrechtliche Verantwortung als zivile Vorgesetzte für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung eines Angriffs gegen die Zivilbevölkerung tragen.

Angebliche Verbrechen

Die Kammer kam zu dem begründeten Schluss, dass während des relevanten Zeitraums das humanitäre Völkerrecht im Zusammenhang mit dem internationalen bewaffneten Konflikt zwischen Israel und Palästina anwendbar war. Dies liegt daran, dass beide Parteien Vertragsparteien der Genfer Konventionen von 1949 sind und Israel zumindest Teile Palästinas besetzt hält.

Die Kammer stellte außerdem fest, dass das Recht im Zusammenhang mit nicht-internationalen bewaffneten Konflikten auf die Kämpfe zwischen Israel und der Hamas anwendbar war. Die Kammer stellte fest, dass das mutmaßliche Verhalten von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant die Aktivitäten israelischer Regierungsstellen und der Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung in Palästina, genauer gesagt gegen Zivilisten in Gaza, betraf. Es ging daher um die Beziehung zwischen zwei Parteien eines internationalen bewaffneten Konflikts sowie um die Beziehung zwischen einer Besetzungsmacht und der Bevölkerung in einem besetzten Gebiet. Aus diesen Gründen hielt es die Kammer im Hinblick auf Kriegsverbrechen für angebracht, die Haftbefehle gemäß dem Recht des internationalen bewaffneten Konflikts zu erlassen. Die Kammer stellte außerdem fest, dass die mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung in Gaza waren.

Die Kammer war der Ansicht, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass beide Personen der Zivilbevölkerung in Gaza absichtlich und wissentlich Gegenstände vorenthalten haben, die für ihr Überleben unerlässlich sind, darunter Lebensmittel, Wasser, Medikamente und medizinische Hilfsgüter sowie Treibstoff und Strom, und zwar mindestens vom 8. Oktober 2023 bis zum 20. Mai 2024. Diese Feststellung beruht auf der Rolle von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant bei der Behinderung der humanitären Hilfe unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und ihrem Versäumnis, die Hilfe mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erleichtern. Die Kammer stellte fest, dass ihr Verhalten dazu führte, dass humanitäre Organisationen nicht mehr in der Lage waren, die notleidende Bevölkerung in Gaza mit Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern zu versorgen. Die oben genannten Beschränkungen in Verbindung mit der Unterbrechung der Stromversorgung und der Reduzierung der Treibstoffversorgung hatten auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Wasser in Gaza und die Fähigkeit der Krankenhäuser, medizinische Versorgung bereitzustellen.

Die Kammer stellte außerdem fest, dass Entscheidungen, die humanitäre Hilfe in Gaza zuzulassen oder zu erhöhen, oft an Bedingungen geknüpft waren. Sie wurden nicht getroffen, um Israels Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht zu erfüllen oder um sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung in Gaza angemessen mit lebensnotwendigen Gütern versorgt wird. Tatsächlich waren sie eine Reaktion auf den Druck der internationalen Gemeinschaft oder auf Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika. In jedem Fall reichten die Erhöhungen der humanitären Hilfe nicht aus, um den Zugang der Bevölkerung zu lebensnotwendigen Gütern zu verbessern.

Darüber hinaus hatte die Kammer berechtigte Gründe zu der Annahme, dass für die Beschränkungen des Zugangs für humanitäre Hilfsmaßnahmen kein eindeutiger militärischer Bedarf oder eine andere Rechtfertigung nach dem humanitären Völkerrecht festgestellt werden konnte. Trotz der Warnungen und Appelle, die unter anderem vom UN-Sicherheitsrat, dem UN-Generalsekretär, Staaten sowie Regierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur humanitären Lage in Gaza ausgesprochen wurden, wurde nur minimale humanitäre Hilfe genehmigt. In diesem Zusammenhang berücksichtigte die Kammer die anhaltende Entbehrungsphase und die Aussage von Herrn Netanjahu, der den Stopp der Lieferung lebenswichtiger Güter und humanitärer Hilfe mit Kriegszielen in Verbindung brachte.

Die Kammer kam daher zu dem Schluss, dass es berechtigte Gründe für die Annahme gibt, dass Herr Netanjahu und Herr Gallant die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen des Aushungerns als Kriegsführungsmethode tragen.

Die Kammer stellte fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass der Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und Treibstoff sowie an bestimmten medizinischen Hilfsgütern Lebensbedingungen geschaffen hat, die darauf abzielten, einen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza zu vernichten, was zum Tod von Zivilisten, darunter auch Kindern, aufgrund von Unterernährung und Dehydrierung führte. Auf der Grundlage des von der Anklagevertretung vorgelegten Materials, das den Zeitraum bis zum 20. Mai 2024 abdeckt, konnte die Kammer nicht feststellen, dass alle Elemente des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Ausrottung erfüllt waren. Die Kammer stellte jedoch fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Mordes im Zusammenhang mit diesen Opfern begangen wurde.

Darüber hinaus sind die beiden Personen auch dafür verantwortlich, dass sie durch die vorsätzliche Einschränkung oder Verhinderung der Einfuhr von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten, insbesondere von Anästhetika und Anästhesiegeräten, in den Gazastreifen großes Leid durch unmenschliche Handlungen an behandlungsbedürftigen Personen verursacht haben. Ärzte waren gezwungen, verwundete Personen und Amputationen, auch an Kindern, ohne Betäubungsmittel durchzuführen, und/oder waren gezwungen, unzureichende und unsichere Mittel zur Sedierung von Patienten einzusetzen, was diesen Personen extreme Schmerzen und Leiden verursachte. Dies kommt dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit anderer unmenschlicher Handlungen gleich.

Die Kammer sah auch hinreichende Gründe für die Annahme, dass das oben genannte Verhalten einen erheblichen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza ihrer Grundrechte beraubte, einschließlich des Rechts auf Leben und Gesundheit, und dass die Bevölkerung aus politischen und/oder nationalen Gründen ins Visier genommen wurde. Sie stellte daher fest, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Verfolgung begangen wurde.

Schließlich kam die Kammer zu dem Schluss, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant als zivile Vorgesetzte strafrechtlich für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung von Angriffen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza verantwortlich sind. In diesem Zusammenhang stellte die Kammer fest, dass die von der Anklagevertretung vorgelegten Unterlagen nur Feststellungen zu zwei Vorfällen zuließen, die als vorsätzlich gegen Zivilisten gerichtete Angriffe eingestuft wurden. Es besteht Grund zu der Annahme, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant, obwohl ihnen Maßnahmen zur Verfügung standen, um die Begehung von Straftaten zu verhindern oder zu unterbinden oder die Angelegenheit den zuständigen Behörden zu übergeben, dies unterlassen haben.

Hintergrund

Am 1. Januar 2015 gab der Staat Palästina eine Erklärung gemäß Artikel 12 Absatz 3 des Römischen Statuts ab, in der er die Zuständigkeit des Gerichtshofs seit dem 13. Juni 2014 anerkannte.

Am 2. Januar 2015 trat der Staat Palästina dem Römischen Statut bei, indem er seine Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegte. Das Römische Statut trat für den Staat Palästina am 1. April 2015 in Kraft.

Am 22. Mai 2018 übergab der Staat Palästina dem Ankläger gemäß Artikel 13(a) und 14 des Römischen Statuts die Situation seit dem 13. Juni 2014 ohne Enddatum.

Am 3. März 2021 kündigte der Ankläger die Einleitung der Ermittlungen zur Situation im Staat Palästina an. Dies folgte auf die Entscheidung der Vorverfahrenskammer I vom 5. Februar 2021, dass der Gerichtshof seine strafrechtliche Zuständigkeit in der Situation ausüben könne und dass sich der territoriale Geltungsbereich dieser Zuständigkeit mehrheitlich auf Gaza und das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, erstreckt.

Am 17. November 2023 erhielt die Anklagebehörde eine weitere Verweisung der Situation im Staat Palästina von Südafrika, Bangladesch, Bolivien, den Komoren und Dschibuti, und am 18. Januar 2024 legten die Republik Chile und

der Vereinigte Mexikanische Staat der Anklagebehörde zusätzlich eine Verweisung in Bezug auf die Situation im Staat Palästina vor.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Fadi El Abdallah, Sprecher und Leiter der Abteilung für öffentliche Angelegenheiten des Internationalen Strafgerichtshofs, telefonisch unter: +31 (0)70 515-9152 oder +31 (0)6 46448938 oder per E-Mail an: fadi.el-abdallah@icc-cpi.int

Sie können die Aktivitäten des Gerichtshofs auch auf Twitter, Facebook, Tumblr, YouTube, Instagram und Flickr verfolgen

(Übersetzt mit DeepL)

(Hinweis: Links oder Verweise nur im engl. Originaldokument, StB)

+++

Situation in the State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I rejects the State of Israel's challenges to jurisdiction and issues warrants of arrest for Benjamin Netanyahu and Yoav Gallant



Today, on 21 November 2024, Pre-Trial Chamber I of the International Criminal Court ('Court'), in its composition for the Situation in the State of Palestine, unanimously issued two decisions rejecting challenges by the State of Israel ('Israel') brought under articles 18 and 19 of the Rome Statute (the 'Statute'). It also issued warrants of arrest for Mr Benjamin Netanyahu and Mr Yoav Gallant.

Decisions on requests by the State of Israel

The Chamber ruled on two requests submitted by the Israel on 26 September 2024. In the first request, Israel challenged the Court's jurisdiction over the Situation in the State of Palestine in general, and over Israeli nationals more specifically, on the basis of article 19(2) of the Statute. In the second request, Israel requested that the Chamber order the Prosecution to provide a new notification of the initiation of an investigation to its authorities under article 18(1) of the Statute. Israel also requested the Chamber to halt any proceedings before the Court in the relevant situation, including the consideration of the applications for warrants of arrest for Mr Benjamin Netanyahu and Mr Yoav Gallant, submitted by the Prosecution on 20 May 2024.

As to the first challenge, the Chamber noted that the acceptance by Israel of the Court's jurisdiction is not required, as the Court can exercise its jurisdiction on the basis of territorial jurisdiction of Palestine, as determined by Pre-Trial Chamber I in a previous composition.

Furthermore, the Chamber considered that pursuant to article 19(1) of the Statute, States are not entitled to challenge the Court's jurisdiction under article 19(2) prior to the issuance of a warrant of arrest. Thus Israel's challenge is premature. This is without prejudice to any future possible challenges to the Court's jurisdiction and/or admissibility of any particular case.

Decision on Israel's challenge to the jurisdiction of the Court pursuant to article 19(2) of the Rome Statute

The Chamber also rejected Israel's request under article 18(1) of the Statute. The Chamber recalled that the Prosecution notified Israel of the initiation of an investigation in 2021. At that time, despite a clarification request by the Prosecution, Israel elected not to pursue any request for deferral of the investigation. Further, the Chamber considered that the parameters of the investigation in the situation have remained the same and, as a consequence, no new notification to the State of Israel was required. In light of this, the judges found that there was no reason to halt the consideration of the applications for warrants of arrest.

Decision on Israel's request for an order to the Prosecution to give an Article 18(1) notice

Warrants of arrest

The Chamber issued warrants of arrest for two individuals, Mr Benjamin Netanyahu and Mr Yoav Gallant, for crimes against humanity and war crimes committed from at least 8 October 2023 until at least 20 May 2024, the day the Prosecution filed the applications for warrants of arrest.

The arrest warrants are classified as 'secret', in order to protect witnesses and to safeguard the conduct of the investigations. However, the Chamber decided to release the information below since conduct similar to that addressed in the warrant of arrest appears to be ongoing. Moreover, the Chamber considers it to be in the interest of victims and their families that they are made aware of the warrants' existence.

At the outset, the Chamber considered that the alleged conduct of Mr Netanyahu and Mr Gallant falls within the jurisdiction of the Court. The Chamber recalled that, in a previous composition, it already decided that the Court's jurisdiction in the situation extended to Gaza and the West Bank, including East Jerusalem. Furthermore, the Chamber declined to use its discretionary proprio motu powers to determine the admissibility of the two cases at this stage. This is without prejudice to any determination as to the jurisdiction and admissibility of the cases at a later stage.

With regard to the crimes, the Chamber found reasonable grounds to believe that Mr Netanyahu, born on 21 October 1949, Prime Minister of Israel at the time of the relevant conduct, and Mr Gallant, born on 8 November 1958, Minister of Defence of Israel at the time of the alleged conduct, each bear criminal responsibility for the following crimes as co-perpetrators for committing the acts jointly with others: the war crime of starvation as a method of warfare; and the crimes against humanity of murder, persecution, and other inhumane acts.

The Chamber also found reasonable grounds to believe that Mr Netanyahu and Mr Gallant each bear criminal responsibility as civilian superiors for the war crime of intentionally directing an attack against the civilian population.

Alleged crimes

The Chamber found reasonable grounds to believe that during the relevant time, international humanitarian law related to international

armed conflict between Israel and Palestine applied. This is because they are two High Contracting Parties to the 1949 Geneva Conventions and because Israel occupies at least parts of Palestine. The Chamber also found that the law related to non-international armed conflict applied to the fighting between Israel and Hamas. The Chamber found that the alleged conduct of Mr Netanyahu and Mr Gallant concerned the activities of Israeli government bodies and the armed forces against the civilian population in Palestine, more specifically civilians in Gaza. It therefore concerned the relationship between two parties to an international armed conflict, as well as the relationship between an occupying power and the population in occupied territory. For these reasons, with regards to war crimes, the Chamber found it appropriate to issue the arrest warrants pursuant to the law of international armed conflict. The Chamber also found that the alleged crimes against humanity were part of a widespread and systematic attack against the civilian population of Gaza.

The Chamber considered that there are reasonable grounds to believe that both individuals intentionally and knowingly deprived the civilian population in Gaza of objects indispensable to their survival, including food, water, and medicine and medical supplies, as well as fuel and electricity, from at least 8 October 2023 to 20 May 2024. This finding is based on the role of Mr Netanyahu and Mr Gallant in impeding humanitarian aid in violation of international humanitarian law and their failure to facilitate relief by all means at its disposal. The Chamber found that their conduct led to the disruption of the ability of humanitarian organisations to provide food and other essential goods to the population in need in Gaza. The aforementioned restrictions together with cutting off electricity and reducing fuel supply also had a severe impact on the availability of water in Gaza and the ability of hospitals to provide medical care.

The Chamber also noted that decisions allowing or increasing humanitarian assistance into Gaza were often conditional. They were not made to fulfil Israel's obligations under international humanitarian law or to ensure that the civilian population in Gaza would be adequately supplied with goods in need. In fact, they were a response to the pressure of the international community or requests by the United States of America. In any event, the increases in humanitarian assistance were not sufficient to improve the population's access to essential goods.

Furthermore, the Chamber found reasonable grounds to believe that no clear military need or other justification under international humanitarian law could be identified for the restrictions placed on access for

humanitarian relief operations. Despite warnings and appeals made by, inter alia, the UN Security Council, UN Secretary General, States, and governmental and civil society organisations about the humanitarian situation in Gaza, only minimal humanitarian assistance was authorised. In this regard, the Chamber considered the prolonged period of deprivation and Mr Netanyahu's statement connecting the halt in the essential goods and humanitarian aid with the goals of war.

The Chamber therefore found reasonable grounds to believe that Mr Netanyahu and Mr Gallant bear criminal responsibility for the war crime of starvation as a method of warfare.

The Chamber found that there are reasonable grounds to believe that the lack of food, water, electricity and fuel, and specific medical supplies, created conditions of life calculated to bring about the destruction of part of the civilian population in Gaza, which resulted in the death of civilians, including children due to malnutrition and dehydration. On the basis of material presented by the Prosecution covering the period until 20 May 2024, the Chamber could not determine that all elements of the crime against humanity of extermination were met. However, the Chamber did find that there are reasonable grounds to believe that the crime against humanity of murder was committed in relation to these victims.

In addition, by intentionally limiting or preventing medical supplies and medicine from getting into Gaza, in particular anaesthetics and anaesthesia machines, the two individuals are also responsible for inflicting great suffering by means of inhumane acts on persons in need of treatment. Doctors were forced to operate on wounded persons and carry out amputations, including on children, without anaesthetics, and/or were forced to use inadequate and unsafe means to sedate patients, causing these persons extreme pain and suffering. This amounts to the crime against humanity of other inhumane acts.

The Chamber also found reasonable grounds to believe that the abovementioned conduct deprived a significant portion of the civilian population in Gaza of their fundamental rights, including the rights to life and health, and that the population was targeted based on political and/or national grounds. It therefore found that the crime against humanity of persecution was committed.

Finally, the Chamber assessed that there are reasonable grounds to believe that Mr Netanyahu and Mr Gallant bear criminal responsibility as civilian superiors for the war crime of intentionally directing attacks against the civilian population of Gaza. In this regard, the Chamber

found that the material provided by the Prosecution only allowed it to make findings on two incidents that qualified as attacks that were intentionally directed against civilians. Reasonable grounds to believe exist that Mr Netanyahu and Mr Gallant, despite having measures available to them to prevent or repress the commission of crimes or ensure the submittal of the matter to the competent authorities, failed to do so.

Background

On 1 January 2015, The State of Palestine lodged a declaration under article 12(3) of the Rome Statute accepting jurisdiction of the Court since 13 June 2014.

On 2 January 2015, The State of Palestine acceded to the Rome Statute by depositing its instrument of accession with the UN Secretary-General. The Rome Statute entered into force for The State of Palestine on 1 April 2015.

On 22 May 2018, pursuant to articles 13(a) and 14 of the Rome Statute, The State of Palestine referred to the Prosecutor the Situation since 13 June 2014, with no end date.

On 3 March 2021, the Prosecutor announced the opening of the investigation into the Situation in the State of Palestine. This followed Pre-Trial Chamber I's [decision](#) on 5 February 2021 that the Court could exercise its criminal jurisdiction in the Situation and, by majority, that the territorial scope of this jurisdiction extends to Gaza and the West Bank, including East Jerusalem.

On 17 November 2023, the Office of the Prosecutor received a further referral of the Situation in the State of Palestine, from South Africa, Bangladesh, Bolivia, Comoros, and Djibouti, and on 18 January 2024, the Republic of Chile and the United Mexican State additionally submitted a referral to the Prosecutor with respect to the situation in The State of Palestine.

For further information, please contact Fadi El Abdallah, Spokesperson and Head of Public Affairs Unit, International Criminal Court, by telephone at: +31 (0)70 515-9152 or +31 (0)6 46448938 or by e-mail at: fadi.el-abdallah@icc-cpi.int

You can also follow the Court's activities on [Twitter](#), [Facebook](#), [Tumblr](#), [YouTube](#), [Instagram](#) and [Flickr](#)